Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/556

15. 02. 95

Antrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Pinger, Wolfgang Vogt (Düren) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Roland Kohn, Dr. Irmgard Schwaetzer und der Fraktion der F.D.P.

Weltgipfel für soziale Entwicklung vom 6. bis 12. März 1995 in Kopenhagen

Der Bundestag wolle beschließen:

Vom 6. bis 12. März 1995 findet in Kopenhagen der Weltgipfel für soziale Entwicklung statt. Der Deutsche Bundestag unterstützt die durch Beschluß der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgelegte Zielsetzung dieser Konferenz, die Regierungen auf die Bekämpfung der Armut, die marktgerechte Förderung der produktiven Beschäftigung, die soziale Integration benachteiligter Gruppen sowie den Aufbau sozialer Sicherungssysteme auf solidarischer Grundlage zu verpflichten.

Anläßlich des Weltgipfels für soziale Entwicklung in Kopenhagen vom 6. bis 12. März 1995 betont der Deutsche Bundestag mit Nachdruck, daß unabdingbare Voraussetzung für die soziale Entwicklung der Völker und Staaten die vorbehaltlose Beachtung der Menschenrechte und die Durchsetzung ihrer universellen Geltung ist. Das Ziel der Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Kopenhagen, die soziale Entwicklung der Völker und Staaten voranzubringen, läßt sich daher ohne die Beachtung der Menschenrechte und geeignete konkrete Schritte zu ihrer Durchsetzung nicht erreichen. Die Respektierung der Menschenrechte, die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen, Rechtssicherheit und eine marktorientierte und sozial ausgerichtete Wirtschaftsordnung sind die wichtigsten Grundlagen für nachhaltig erfolgreiche Maßnahmen bei der Bekämpfung der Armut, der Schaffung von Arbeitsplätzen und für solidarische Hilfen für die Schwachen und die Benachteiligten.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit wesentliche Voraussetzungen für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit zwischen den Völkern sowie innerhalb der Staaten sind.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß der Bundeskanzler auf dem Weltgipfel für soziale Entwicklung vertreten sein wird und NRO der deutschen Delegation angehören.

Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, daß

1. – die VN-Pakte über politische und bürgerliche Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vorbehaltlos eingehalten werden,

   – möglichst viele Staaten den Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau sowie über die Rechte des Kindes beitreten,

   – weit mehr Staaten als bisher die notwendigen Schritte zur Ratifizierung der Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über grundlegende Rechte der Arbeitnehmer einleiten,

   – Bevölkerungsgruppen besser geschützt werden, die in vielen Teilen der Welt Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Gegenstand sozialer Ausgrenzung sind, insbesondere Frauen, Kinder, Jugendliche, Flüchtlinge und ethnische und religiöse Minderheiten,

2. der Weltgfipfel für soziale Entwicklung an bereits bestehende internationale Instrumente anknüpft, insbesondere an die vorstehend genannten internationalen Verträge sowie an die Abschlußdokumente der Umweltkonferenz von Rio, der Wiener Menschenrechtsweltkonferenz und der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo. Die Möglichkeiten der Durchsetzung der Normen werden verbessert, indem bestehende Institutionen zu ihrer Überwachung gestärkt werden,

3. bei der Realisierung von Strukturanpassungsprogrammen in Entwicklungsländern soziale und ökologische Kriterien von Anfang an einbezogen werden,

4. die Europäische Union unter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes die Kohärenz der nationalen und europäischen Entwicklungs-, Handels-, Finanz-, Agrar- und Wirtschaftspolitiken verbessert,

5. dem Ziel produktiver Beschäftigung im Rahmen der innerstaatlichen Politik, aber auch in den regionalen Staatengemeinschaften und internationalen Organisationen hohe Priorität eingeräumt wird,

6. die Bundesregierung eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Bretton-Woods-Institutionen und anderen Gremien des VN-Systems unterstützt,

7. die Bundesregierung sich weiterhin an der Weiterentwicklung der internationalen Schuldenstrategie konstruktiv beteiligt. Er setzt sich ferner für eine zügige Umsetzung der im Pariser Club beschlossenen verbesserten Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder ein (sog. Neapel-Konditionen),

8. die Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt die Bemühungen dieser Länder ergänzt und fördert, eine eigene angepaßte und sozial adäquate Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik zu verfolgen,

9. die Bundesregierung an ihren Bemühungen für eine weltweite Reduzierung der Militär- und Rüstungsausgaben sowie an ihrer Praxis einer restriktiven Rüstungsexportpolitik festhält,

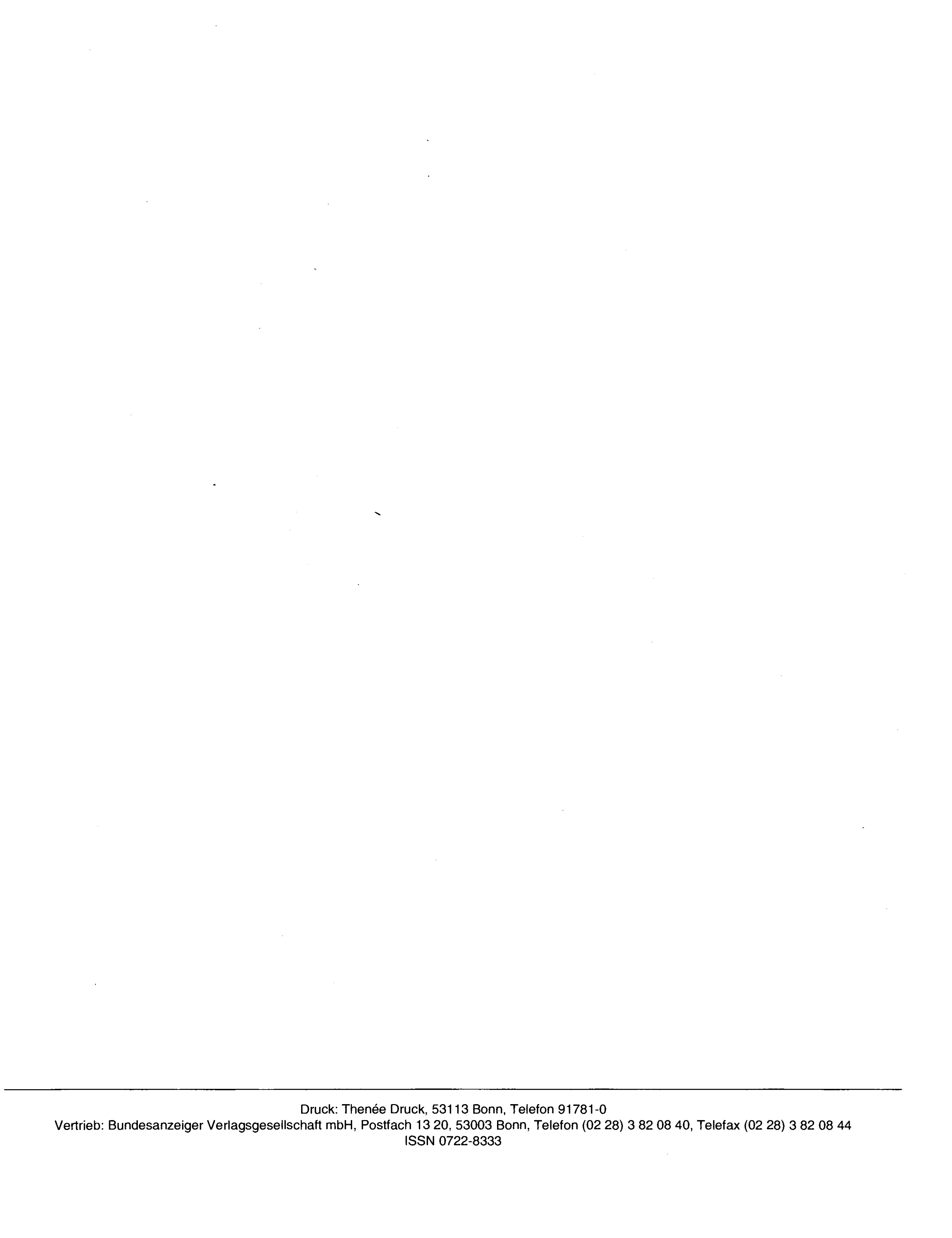
10. die Entwicklungszusammenarbeit den Aufbau demokratischer Strukturen und von Wirtschaftsordnungen nach dem Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft in den Partnerländern fördert. Dazu gehören die Achtung der Menschenrechte, die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen, Rechtssicherheit und eine soziale und ökologische Marktwirtschaft. Die Entwicklungshilfe soll schwerpunktmäßig eingesetzt werden für die Bekämpfung der Armut, für Bildung und Umweltschutz und die Stärkung des privaten Sektors. Sie soll damit auch die Rechte der ethnischen Minderheiten fördern, der Gleichberechtigung von Frauen und Männern dienen, die kulturelle Vielfalt fördern und die produktiven Fähigkeiten auch der ärmeren Bevölkerungsteile stärken,

11. die Bundesregierung alsbald nach Abschluß des Weltgipfels für soziale Entwicklung den Deutschen Bundestag über den Gipfel und die Ergebnisse unterrichtet.

Bonn, den 15. Februar 1995

Dr. Winfried Pinger
Wolfgang Vogt (Düren)
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Roland Kohn
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333